



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
Sitzung des 23. Werkausschusses EBL

Sitzungstermin:	Donnerstag, 12.02.2026	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	19:11 Uhr	
Sitzungsort:	Kantine Entsorgungsbetriebe Lübeck, Malmöstraße 22, Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Dr. med. Dipl.-Phys. Carsten Grohmann - CDU		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Klaus Hinrich Rohlf - CDU		
Ralf Alexander Giercke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		Vertretung für: Frau Silke Mählenhoff Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin
Frank Heidemann - Die Fraktion		Vertretung für: Herrn Bastian Lang- behn Stellvertr. Fraktionsvorsitzender
Julian Lange - SPD		
Klaus Lange - SPD		Vertretung für: Herrn Dr. Marek Len- gen
Frank Zahn - SPD		
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.		
Astrid Helzel - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Jan Ingwersen - CDU		
Dr. Volker Koß - LINKE & GAL		
Sonja Lengen - SPD		
Paul-Gerhard Röttger - CDU		
Detlef Thannhäuser - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Silke Wolff - FDP		
Beiratsmitglieder		
Roman Klenge - Beirat für Menschen mit Behinderungen		
Verwaltung		
André Baudisch - 3.700 EBL- PSR SRL		
Kristin Gercke - 3.030 Fachbereichscontrolling		
Anke Harms - 3.700 - EBL		
Mathias Mucha - 3.700 Entsorgungsbetriebe Lübeck		
Selina Quarshie - 3.700-EBL		

Manfred Rehberg - 3.700 EBL	
Johanna Schneider - 3.700 - EBL	
Enno Thyen - 3.700 EBL	
Angelika Vielhaus - 3.700 EBL - PSR EBL	
Mirko Wetter - 3.700-EBL	
Christian Wulf - 3.700 EBL	
Protokollführung	
Susanne Bak - Entsorgungsbetriebe Lübeck	
Gäste	
Julia Behrens -	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Bastian Langbehn - Die Fraktion Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	Abwesend
Dr. Marek Lengen - SPD	Abwesend
Silke Mählenhoff - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Zweite Stellvertr. Stadtpräsidentin	Abwesend
Stephan Wisotzki - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.12.2025	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden	
3.2	Mitteilungen der Fachbereichsleitung	
3.3	Mitteilungen der Direktion	
3.3.1	AKW Bauschutt	
3.3.2	Aktuelle Baumaßnahmen	
3.3.3	Risikoinventur	
3.3.4	Stand Personalrat	
3.3.5	Winterdiensteinsätze	
3.3.6	Elektrolyseur	
3.3.7	Wertstofftonne	
3.3.8	Ankündigung Sauberes Lübeck 07.03.2026	
3.3.9	Tauschcontainer	
3.3.10	Green Kayak	
3.3.11	Bibliothek der Dinge	
3.3.12	Repair Cafés Auftakt	
3.3.13	AT zu AM Volker Koß (GAL): Straßenreinigung Innenstadt, An der Mauer	VO/2026/14905-01
4	Berichte	
5	Beschlussvorlagen	
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Fraktion Linke & GAL: Regelung zu Wurfmaterial bei Stra-	VO/2025/14622

	ßenumzügen, wie z.B. Lübecker Volksfest	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Dringlichkeitsantrag des AM Silke Wolff (FDP) zur Ausnahmegenehmigung des Einsatzes von Streusalz für Privatpersonen	VO/2026/14900
8	Verschiedenes	
9	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 16:30 Uhr mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Ausschuss stimmt über die Dringlichkeit zu TOP 7.1 ab.

Der Ausschuss stimmt mit 8 Ja-Stimmen für die Dringlichkeit und mit 6 Nein-Stimmen gegen die Dringlichkeit ab.

Der Vorsitzende Herr Grohmann stellt zum Tagesordnungspunkt 7.1 fest, dass mit 8 Ja Stimmen zum Dringlichkeitsantrag und 6 Nein Stimmen zum Dringlichkeitsantrag keine 2/3 Mehrheit bestehe und somit keine Dringlichkeit bestehe.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.

Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOPs en bloc abstimmen: Die Beschlussfassung (Annahme) ergeht einstimmig ohne Enthaltungen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass gemäß § 39 Abs. 3 der GO die Bürgerschaft über die Teilnahme von Verwaltungsmitarbeitenden und Gästen im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor Eintritt in die Tagesordnung abzustimmen hat, und lässt über die Teilnahme von Frau Bak, Herrn Wetter, Herrn Thyen, Herrn Wulf, Frau Schneider, Frau Gercke, Frau Quarshie, Herrn Rehberg, Frau Vielhaus vom Personalrat EBL, Herr Baudisch vom Personalrat SRL und als Gast Frau Behrens (Vertretung von Frau Bak) abstimmen. Es gibt keine Einwände, und die Teilnahme ist damit beschlossen.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 11.12.2025

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Keine.

zu 3.2 Mitteilungen der Fachbereichsleitung

Keine.

zu 3.3 Mitteilungen der Direktion

Herr Mucha berichtet zur Vertretung von Frau Bak. Frau Bak geht ab März in Babypause und wird von Frau Behrens vertreten. Frau Behrens stellt sich dem Ausschuss vor.

zu 3.3.1 AKW Bauschutt

Herr Mucha berichtet anhand der Präsentation zum Thema AKW Bauschutt. Ein Auszug aus der Präsentation wird dem Protokoll beigefügt.
Zu dem Thema sprechen AM Rohlf und AM Zahn, und Herr Mucha von den EBL.

zu 3.3.2 Aktuelle Baumaßnahmen

Herr Mucha berichtet anhand der Präsentation zum Thema aktuelle Baumaßnahmen. Ein Auszug aus der Präsentation wird dem Protokoll beigefügt.
Herr Mucha übergibt an Frau Harms, Frau Harms ist Mitarbeiterin der EBL in der Baudurchführung, betreut die BM-Beckergrube und stellt diese Baumaßnahme vor.
Zu dem Thema sprechen AM Giercke, AM Röttger und AM Zahn sowie Frau Harms und Herr Mucha von den EBL.

zu 3.3.3 Risikoinventur

Herr Mucha berichtet anhand der Präsentation zum Thema Risikoinventur der EBL für 2025. Ein Auszug aus der Präsentation wird dem Protokoll beigefügt.
Zu dem Thema sprechen AM Giercke sowie Herr Mucha von den EBL.

zu 3.3.4 Stand Personalrat

Herr Mucha berichtet anhand der Präsentation zum Thema Stand Personalrat. Ein Auszug aus der Präsentation wird dem Protokoll beigefügt.
Herr Mucha lobte und bedankte sich bei den anwesenden Personalratsvorsitzenden für die gute Mitarbeit und Umsetzung. Beide Personalräte hätten sich auf den gemeinsamen Zusammenschluss einer Personalratsdienststelle geeinigt.
Herr Baudisch berichtete, dass heute ein gemeinsamer Wahlvorstand beschlossen wurde, bestehend aus drei Mitarbeitenden der Belegschaft und sieben Mitarbeitenden aus dem Personalrat. Herr Baudisch schätzte, dass die Wahl im Mai stattfinden werde.
Der Vorsitzende, Herr Grohmann, wünscht viel Erfolg bei der Umsetzung.

zu 3.3.5 Winterdiensteinsätze

Herr Mucha übergibt an Herrn Rehberg. Herr Rehberg berichtet anhand der Präsentation zum Thema Winterdienstseinsätze. Ein Auszug aus der Präsentation wird dem Protokoll beigefügt.

Es gab 14 Volleinsätze, diese wurden mit über 300 Mitarbeitenden (MA) begleitet. Dieser Winter werde eine teure Angelegenheit.

Herr Rehberg nimmt Stellung zu den Anliegerpflichten in einigen Spielstraßen. Leider wurden diese nicht optimal erfüllt, so wie es laut Satzung und mit der Übertragung der Reinigungspflicht auf die Anlieger geregelt ist.

Die Anliegerpflichten werden durch die EBL und den kommunalen Ordnungsdienst kontrolliert (KOD). Aufgrund der vielen Einsätze konnten diese Anliegerpflichten weniger geahndet werden. Es gab zu den Anliegerpflichten bei HL live eine Pressemeldung.

Herr Wetter ergänzt, dass wir auf unserer Homepage einen Bereich mit der Übersicht für die Winterdienstpflicht der EBL haben. Zukünftig solle das auch für die Bereiche der Winterdienstpflicht der Bürger:innen eingestellt werden.

Mehrheitlich wurde der bisherige Winterdienst im Ausschuss gelobt.

Es gab Nachfragen zu Ahndungsmaßnahmen, zur Umleitungsstrecke der Ratzeburger Allee und zur Zuständigkeit des ehemaligen Durchgangstunnels.

Herr Mucha teilt mit, dass viele rote Zettel in der Vergangenheit verteilt wurden, aber kein Bußgeld über den KOD eingefordert wurde, weil das in der Vergangenheit nicht die geforderte Haltung war. Das wäre eine Diskussion, die auf politischer Ebene geführt werden müsste. Seitens der EBL wird ein konsequenteres Ahnden für richtig erachtet. Weder den EBL noch dem KOD stünden dafür derzeit die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung.

Weiter berichtet Herr Rehberg, dass die EBL nicht für die Umleitungsstrecke verantwortlich seien und das Thema zum Tunnel im Nachgang geklärt werde.

Zu dem Thema sprechen als Gast Herr Hövel, AM Wolff, AM Zahn, AM Helzel, AM Giercke, AM Lengen, AM Lange, AM Dr. Koß und AM Röttger sowie Herr Rehberg, Herr Wetter und Mucha von den EBL.

zu 3.3.6 Elektrolyseur

Herr Rehberg berichtet zum Thema Elektrolyseur anhand der Präsentation. Ein Auszug aus der Präsentation wird dem Protokoll beigefügt.

Die EBL seien einem Fördermittelauftrag des Landes SH gefolgt und hätten Interesse am Bau eines Elektrolyseurs auf der MBA erklärt.

Die EBL planen, eine Wasserstofferzeugungskapazität in Form eines Elektrolyseurs zu schaffen. Der Elektrolyseur solle mit selbsterzeugtem Strom versorgt werden. Dies sei die Voraussetzung für den Verkauf als grüner Wasserstoff. Für die Erzeugung von grünem Wasserstoff müssten neue Erzeugungsanlagen für erneuerbaren Strom errichtet werden. Das Land habe Förderungsfähigkeit bereits signalisiert. Die normale Förderung liege bei 35 %, aber weil die EBL die entstehende Abwärme und den Sauerstoff nutzen wollten, liege die Förderquote bei 45 %. Es werde noch auf den Fördermittelbescheid gewartet. Die benötigte PV-Anlage solle am Südhang der Deponie errichtet werden, und damit könnte dann der Wasserstoff erzeugt werden.

Wenn die PV-Anlagen mit Windkraft ergänzt werden könnten, könnte die Produktion von Wasserstoff perspektivisch dann sogar verdoppelt werden.

Es gebe zwei Optionen, entweder würden kleinere Windkraftanlagen gebaut, so hoch wie die Deponie seien, oder Windstrom würde extern eingekauft werden, wobei die Windkraftanlage an einem anderen Ort stünde. Dies sei nur sinnvoll, wenn das gesamte Projekt wirtschaftlich sei. Die gesamten Investitionskosten für den Elektrolyseur und die PV-Anlage könnten über den Verkauf von Wasserstoff refinanziert werden. Es gebe eine Vereinbarung mit der bestehenden Wasserstofftankstelle, dass die EBL den Wasserstoff für die Tankstelle liefern würden, sodass der zu produzierende Wasserstoff quasi bereits verkauft sei. Der Bau des Elektrolyseurs sei nur ein Baustein in der Gesamtstrategie, um das AWZ energetisch auf ein anderes Level zu bringen. Aktuell erzeugen wir Strom und Gas selbst aus dem Verbrennen von Biogas. Ziel sei es langfristig, dass Biogas nicht mehr selbst verstromt, sondern in Erdgas-

qualität aufbereitet und innerhalb der HL an anderer Stelle eingesetzt werde. Ggf. könne das Biogas auch genutzt werden, um die Innenstadt zu versorgen, wo die Errichtung eines Wärmenetzes mit dem Ziel des Vollanschlusses bautechnisch fragwürdig sei. Die Inbetriebnahme sei entsprechend der Förderrichtlinie für Ende 2027 vorgesehen. Die EBL hätten bereits begonnen, einen Teilnehmerwettbewerb für das Planungsbüro vorzubereiten. Im nächsten Ausschuss solle eine Vorlage zur Vergabe der Planungsleistung vorgelegt werden.

Herr Zahn wünsche für die nächste Sitzung eine Investitionsübersicht.

Herr Mucha ergänzt, dass die EBL aktuell nur eine Idee vorstellen und im Weiteren die Planung vorbereiten. Damit gäbe es keine Vorfestlegung und heute auch keinen Entscheidungsdruck. Es sei ein Teilnahmewettbewerb mit Verhandlungsverfahren als Vergabebeweg für die Planungsleistung ausgewählt worden. Im nächsten Ausschuss solle aus der Sichtung der Teilnehmer des Teilnehmerwettbewerbes vorgestellt werden, mit welchem Partner die EBL nach dem Verhandlungsverfahren in die Vergabe gehen würden, ohne Festlegung auf die Realisierung.

Herr Rehberg bietet an, die Gesamtwirtschaftlichkeit des Projekts im nächsten WA vorzustellen.

Zu dem Thema sprechen AM Wolff, AM Rohlf, AM Zahn, AM Dr. Koß, AM Giercke und AM Rohlf sowie Herr Rehberg und Herr Mucha von den EBL.

zu 3.3.7 Wertstofftonne

Herr Rehberg berichtet zum Thema Wertstofftonne anhand der Präsentation. Ein Auszug aus der Präsentation wird dem Protokoll beigelegt. Nachfrage von Herrn Zahn, ob es beim Gerichtstermin nur um die gelbe Tonne ginge. Herr Rehberg bestätigte das.

Zu dem Thema sprechen AM Rohlf, AM Zahn, AM Heidemann, AM Ingwersen und Dr. Koß sowie Herr Rehberg von den EBL.

zu 3.3.8 Ankündigung Sauberes Lübeck 07.03.2026

Herr Mucha kündigt die Veranstaltung „Sauberes Lübeck“ am 07.03.2026 an.

zu 3.3.9 Tauschcontainer

Herr Wetter stellt anhand der Präsentation das Thema Tauschcontainer vor. Ein Auszug aus der Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

Zu dem Thema sprechen AM Zahn sowie Herr Wetter von den EBL.

zu 3.3.10 Green Kayak

Herr Wetter stellt anhand der Präsentation das Thema Green Kayak vor. Ein Auszug aus der Präsentation wird dem Protokoll beigelegt.

Dieses Jahr solle noch mehr die Werbetrommel gerührt werden.

Zu dem Thema sprechen AM Zahn sowie Herr Wetter von den EBL.

zu 3.3.11 Bibliothek der Dinge

Herr Mucha berichtet zum Thema Bibliothek der Dinge anhand der Präsentation. Ein Auszug wird dem Protokoll beigelegt. Weiter berichtet Herr Wetter. Unsere Aufgabe ist es mit der

Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen, mit einer Aufgabe aus dem Masterplan-Klimaschutz (MAKS), die darin festgelegt wurde. Dazu wird es einen Flyer geben.
Zu dem Thema sprechen AM Grohmann sowie Herr Wetter und Herr Mucha von den EBL.

zu 3.3.12 Repair Cafés Auftakt

Herr Wetter stellt anhand der Präsentation den Auftakt der Repair Cafés vor. Ein Auszug aus der Präsentation wird dem Protokoll beigelegt. Herr Giercke würde sich über Zusammenarbeit mit dem Stadtteil Kücknitz freuen. Herr Wetter bittet darum, dass mit uns direkt Kontakt aufgenommen wird im Kundenservice oder mit ihm selbst.
Zu dem Thema sprechen AM Giercke sowie Herr Wetter von den EBL.

zu 3.3.13 AT zu AM Volker Koß (GAL): Straßenreinigung Innenstadt, An der Mauer Vorlage: VO/2026/14905-01

Herr Rehberg nimmt Stellung zur Anfrage.

In den Straßen wie an der Mauer werden kleine Kehrmaschinen eingesetzt. Diese Maschinen sind bürstende und saugende Kehrmaschinen. Für größere Bereiche gibt es nicht-saugende Maschinen, da solche für dieses Segment nicht verfügbar sind. Es sei nicht zu verhindern, dass bei losem Material in den Fugen zusätzliches Bestandsmaterial mit aufgesaugt wird. Die Saugleistung der kleinen Maschinen sei wesentlich geringer als die der großen Saugmaschinen. Die Turbinen werden nicht auf volle Saugleistung eingestellt, sondern nur so, dass der Müll aufgesaugt wird. Dies sei technisch nicht anders umsetzbar, und es wäre auch nicht zielführend, nur noch Handreiniger einzusetzen.

Reste an den Hauswänden, die verbleiben, entstünden durch die Kehrmaschine beim Befahren des Gehwegs (sofern vorhanden), da nicht bis an die Hauswand herangebürstet werden könne. Die maschinelle Reinigung wird immer abwechselnd mit Handreinigung ergänzt.

In der gesamten Innenstadt werden alle Straßenteile gereinigt, entweder 12 mal/Woche, 5 mal/Woche oder, wie in diesem Fall, 2 mal/Woche. Dies sei notwendig, weil die Innenstadt stark touristisch frequentiert wird. Deshalb gebe es diese drei Reinigungsklassen (RK). Eine RK wie vorgeschlagen, mit nur einen Einsatz pro Monat und 14-tägiger Handreinigung der Bürgersteige, existiere nicht.

Es gibt nur diese drei Reinigungsklassen. Er würde nicht empfehlen, andere Reinigungsklassen einzuführen. Die Einstufung einer Reinigungsklasse erfolgt anhand einer Bewertungsmatrix, die gerichtsfest ist. Bei Erfüllung bestimmter Kriterien erfolgt automatisch die Zuordnung einer RK. Es müsse eine Reinigungspflicht für Gehwege in der Innenstadt geben. Dann liege die Verantwortung bei der Kommune. Diese dürfe über die Satzung der Reinigungspflicht auf den Anlieger übertragen, wenn dies zumutbar sei. Bei der hohen Frequenz, die in der Innenstadt herrscht, würde ein Gericht entscheiden, sei die Übertragung auf den Anlieger jedoch nicht zumutbar.

Zu dem Thema sprechen AM Zahn, AM Dr. Koß sowie Herr Rehberg von den EBL.

zu 4 Berichte

Keine.

zu 5 Beschlussvorlagen

Keine.

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 Fraktion Linke & GAL: Regelung zu Wurfmaterial bei Straßenumzügen, wie z.B. Lübecker Volksfest
Vorlage: VO/2025/14622**

Herr Mucha nimmt Stellung zu dem Antrag. Aus seiner Sicht liegt dieser Antrag nicht in der Zuständigkeit der EBL und damit des Werkausschusses. Auch im Ausschuss bestehe dasselbe Meinungsbild. Der WA sieht die Durchführung der Umzüge als Kulturgut und beauftragt den Bürgermeister die richtige Zuständigkeit zu prüfen, denn der WA sieht sich nicht als zuständig und empfiehlt auf die Veranstalter hinzuwirken, umweltverträgliche Materialien zu verwenden.

Zu dem Thema sprechen AM Rohlf, AM Dr. Koß, AM Zahn, AM Lengen, AM Helzel, AM Ingwersen, AM Giercke, Vorsitz Herr Grohmann sowie Herr Mucha von den EBL.

Der Vorsitzende lässt über die Überweisung in die Bürgerschaft mit der Maßgabe der erneuten Beratung abstimmen.

Der Werkausschuss empfiehlt einstimmig die Überweisung in die Bürgerschaft.

Beschluss:

Beim Lübecker Volksfestumzug wurde von einigen Wagen buntes Papierkonfetti und glitzerndes Folienkonfetti sowie in Kunststoff verpackte Bonbons geworfen. Entlang der Route fand sich hinterher viel Müll auf Straßen und Gehwegen sowie mit Schnipseln verstopfte Regenwasserabläufe (siehe Fotos/ Anlage).

Die Entsorgungsbetriebe übernahmen anschließend die Reinigungsarbeiten. Es blieb jedoch stellenweise Verpackungsmüll in Grünstreifen und an Straßenrändern liegen.

1. Die zuständige Verwaltung der Hansestadt Lübeck möge für Straßenumzüge Vorgaben machen, dass auf Wurfmaterial verzichtet wird oder dieses biologisch abbaubar und frei von Chemikalien sein muss.

2. Der Bürgermeister regt gegenüber Vereinen, wie z.B. Lübecker Karnevalsvereine, Volksfestkomitee e.V., Lübecker CSD e.V., an, dass, wenn diese bei Straßenumzügen oder Straßenfesten Süßigkeiten verteilen, mindestens ein Anteil der "Kamellen" aus fairem Handel stammen soll (siehe Nordrhein-Westfalen "Jecke Fairsuchung").

Abstimmungsergebnis als Empfehlung an die Bürgerschaft	einstimmige Annahme	X
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

Der Werkausschuss empfiehlt einstimmig die Überweisung in die Bürgerschaft mit der Maßgabe der erneuten Beratung.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 Dringlichkeitsantrag des AM Silke Wolff (FDP) zur Ausnahmegenehmigung des Einsatzes von Streusalz für Privatpersonen Vorlage: VO/2026/14900

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde über die Dringlichkeit abgestimmt. Der Antrag hat die Dringlichkeit nicht erhalten.

Beschluss:

Der Bürgermeister wird aufgefordert bei Extremsituationen von Glättebildung (Eisregen sowie überfrierender Nässe) und gefährlichen Stellen den Streusalzeinsatz von Privatpersonen als Ausnahme vom Streusalzverbot zu erlauben. Dazu soll die Straßenreinigungssatzung wie folgt geändert und §5 (2) 4. um folgenden Absatz ergänzt werden:

„Die Verwendung von auftauenden Mitteln wie Streusalz ist nur als Ausnahme erlaubt:

- a) Bei witterungsbedingten Ausnahmefällen wie überfrierender Nässe und Eisregen.*
- b) An besonders gefährlichen Stellen, wie Fußgängerüberwegen, Treppen, Rampen sowie auf Abschnitten mit starkem Gefälle.*

Baumscheiben und begrünte Flächen dürfen nicht mit Salz oder sonstigen auftauenden Materialien bestreut werden.“

Eine solche Ausnahmegenehmigung ist unverzüglich in den Medien zu verbreiten. Gleichzeitig soll auf die Möglichkeit des wirkungsvollen Einsatzes von anderen auftauenden und abstumpfenden Mitteln sowie die Verantwortung für die Räum- und Streupflicht informiert werden.

zu 8 Verschiedenes

Nachfrage von Herrn Rohlf, wie viel Fläche für die vierte Reinigungsstufe bzw. die Großwärmepumpe vorgesehen wurde und wie der aktuelle Stand hierzu sei.

Herr Mucha berichtet, dass der Platz für die Großwärmepumpe bereits geklärt sei. Sie werde auf der Spitze der Fläche Sibirien realisiert. Wer berechtigt sein wird oder Nutzungsrecht erhält, sei noch nicht abschließend geklärt und befinde sich noch in der Diskussion.

Weiter berichtet Herr Thyen, dass die HL Eigentümerin aller Hafentflächen sei, die verwaltende Einheit der Bereich LPA und die LHG der Pächter. Die LHG sei eine privatrechtliche Gesellschaft, die diese Fläche vermietet hat. Die Stadtwerke benötigen ebenfalls eine Fläche und hätten einen Entwurf eines Mietvertrages von der LHG erhalten. Das LPA, vertreten durch Herrn Kaschel, werde uns die Fläche für die vierte Reinigungsstufe zur Verfügung stellen. Herr Mucha bittet, dass diese Verhandlungen ungestört geführt werden, um keinen unnötigen Druck zu erzeugen.

Herr Zahn beklagt sich über die Internetnutzung während der Gremiensitzung bei den EBL. Früher habe es nie Probleme gegeben. Herr Wulf wird das an die IT weitergeben.

Herr Ingwersen fragt nach geänderten Zugangsberechtigungen im ZKW für die Feuerwehr. Es habe Probleme gegeben, weil die Feuerwehr keinen Zugang erhalten habe, bzw. es werde vermutet, dass es in Zukunft Probleme geben könnte.

Herr Mucha hört das zum zweiten Mal. Wir seien kritische Infrastruktur und hätten Sorge dafür zu tragen, dass unsere Anlagen nicht beliebig zugänglich seien. Es gelten höhere Standards. Mitnichten werden es der Feuerwehr schwerer gemacht als bisher, auf unseren Standort zu gelangen. Er bittet darum, konkrete Themen und keine Thesen an uns heranzutragen. Weiter berichtet Herr Thyen, dass es heute einen Hinweis von der Feuerwehr gege-

ben habe, dass unsere Hausnummer nicht gut sichtbar sei. Ansonsten sei ihm nichts zum Zugangsthema bekannt.

Nachfrage von Frau Lengen, wer für die Hundekotbeutel zuständig sei.

Herr Rehberg antwortet, dass die EBL dafür zuständig seien. Frau Lengen bietet an, eine Ausgabestelle einzurichten, was gern umgesetzt werden könne..

zu 9 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 18:58 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.

Die Sitzung wird um 19:01 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende erklärt, dass im nichtöffentlichen Sitzungsteil 4 **Beschlüsse** gefasst wurden gemäß dem Beschlusstext in der Vorlage zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil wie folgt:

- 14.1 Dem Ausschreibungsverfahren zur Vergabe für den Transport sowie zur Verwertung von Papier, Pappe und Kartonage aus dem Stadtgebiet der Hansestadt Lübeck wird zugestimmt.
- 14.2 Der Werkausschuss stimmt der Ausschreibung zur Erweiterung einer Bürocontaineranlage am Standort Malmöstraße 22 zu.
- 14.3 Der Werkausschuss stimmt der Ausschreibung von Einzelgewerken zum Umbau und der Sanierung des Gebäudes der Schlammmentwässerung zu.
- 14.4 Der Werkausschuss gibt den Auftrag für eine Interimslösung der Ladeinfrastruktur (E-Mobilität) am Standort Malmöstraße 22 mit einer geschätzten Auftragssumme in Höhe von 550.000 EUR netto zur Ausschreibung frei.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung um 19:11 Uhr.

Lübeck, den 13. März 2026

Herr Dr. Carsten Grohmann
Vorsitzende/r

Susanne Bak
Protokollführung